

ANFRAGE von Andreas Hauri (GLP, Zürich), Eva Gutmann (GLP, Zürich) und Daniel Hodel (GLP, Zürich)

betreffend Städte-Initiative: Welchen Stellenwert haben demokratische Entscheide?

Am 4. September 2010 wurde die Städte-Initiative in der Stadt Zürich durch die Bevölkerung angenommen. Die in Zürich über 200'000 Stimmberechtigten wollen mehrheitlich den Anteil des ÖV, Velo- und Fussverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich erhöhen.

Die Umsetzung dieser Initiative bedingt eine klare Verkehrspolitik der Stadt Zürich mit entsprechendem Handlungsspielraum.

Beim Utoquai/Bellevue verhinderte der Regierungsrat den durch die Stadt Zürich gewünschten Spurabbau. Damit stellt sich u.a. die Frage, welche Bedeutung der demokratische Entscheid der Städte-Initiative für den Regierungsrat darstellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Umsetzung der Städte-Initiative auch die Unterstützung des Kantons benötigt?
2. Welche konkreten Massnahmen unternimmt der Kanton direkt und indirekt, damit die Stadt Zürich die vom Volk bestimmten Ziele rascher erreicht?
3. Aufgrund welcher Kriterien und mit welcher Gewichtung entscheidet der Regierungsrat bei städtischen Strassenprojekten (z.B. Utoquai, Urania Verkehrsführung)?
4. Welchen Stellenwert hat dabei der demokratische Wille der städtischen Bevölkerung (Städte-Initiative)?
5. Welchen Stellenwert haben befristete Versuche, um veränderte Verkehrsregime im Alltag zu testen, und weshalb wurde beim Utoquai kein Versuch durchgeführt?
6. Weshalb wurden die Resultate der baulich befristet durchgeführten Spursperrung beim Utoquai nicht öffentlich gemacht? Falls keine Auswertung erfolgte, weshalb?
7. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, zukünftig generell befristete Versuche durchzuführen? Wenn Nein, warum nicht?

Andreas Hauri
Eva Gutmann
Daniel Hodel